

Die Anti-AKW-Bewegung der 1970er Jahre verhinderte mehr als 70 von über 90 in der BRD geplanten Atomkraftwerken.¹

Sie kämpfte unabhängig von Staat und Kapital. Das Atomkapital wurde international in die Defensive gedrängt. In einigen Ländern wurde die Stilllegung der AKWs durchgesetzt; anderswo wurde der Ausbau begrenzt oder zeitweise gestoppt.

Der Pro-Atomkonsens («Energiekonsens») von SPD/Grünen vom 26. April 2002 ermöglichte es, das Atomprogramm auszubauen und Atomkraftwerken Betriebslaufzeiten zu garantieren, von denen das Atomkapital nicht mehr zu träumen gewagt hatte, – sowenig wie von Atommüllzwischenlagern an AKW-Standorten oder von Atomtransporten, genehmigt von SPD und Grünen! Auch der Atomforschungsreaktor München II (FRM II in Garching) wurde unterstützt von SPD und Grünen, genehmigt und nahm am 9. Juni 2004 seinen Betrieb auf.² Er arbeitet mit waffentauglichem, hochangereichertem Uran. Am radioaktiv strahlenden Horizont droht, gleichfalls gefördert von den Atomkonsens-Parteien SPD/Grüne und von der Linkspartei. PDS in Mecklenburg-Vorpommern und in Berlin, die Atomfusion mit neuen Risiken und noch mehr Atommüll.

In den erfolgreichen Kämpfen gegen das nie gebaute Atomkraftwerk Wyhl/Kaiserstuhl entstand Anfang der 1970er Jahre die Anti-AKW-Bewegung. In den Kämpfen von Brokdorf, Grohnde, Malville und Kalckar (1976/1977) wurde sie zur erfolgreichsten Massenbewegung und deshalb im »Deutschen Herbst« 1977 von einem hochgerüsteten Staat in bürgerkriegsähnlichen Szenarien zerschlagen. Alte und neue AtomgegnerInnen haben in den 1980er Jahren den Widerstand, z. B. in Wackersdorf und Gorleben, belebt. Auch die Atomkatastrophe von Tschernobyl am 26. April 1986 gab der Anti-AKW-Bewegung einen neuen Schub.

Uns ist es völlig gleichgültig, ob wir gegen eine SPD/FDP-Bundesregierung wie in den 1970er Jahren, gegen eine CDU/FDP-Staat wie in den 1980ern und 1990ern oder gegen eine SPD/Grüne-Bundesregierung (1998 – 2005) kämpfen; oder ob es sich um eine der Linkspartei. PDS/SPD-Landesregierungen handelt, um eine CDU/CSU/SPD-Bundesregierung oder um welche Koalition der deutschen Einheitspartei auch immer.

Polizeistaatliche Aktionen und Kriminalisierungsversuche sind lästig, doch sie können unseren Widerstand nicht brechen. Wir wollen mit allen notwendigen, klugen Mitteln das gesamte Atomprogramm stürzen. Unsere alte und neue Forderung lautet:

Ökologische Linke

Sofortige Stilllegung aller Atomanlagen! Sie bedeutet auch: CASTOR-Transporte verhindern!

SPD/Grüne haben Atomanlagen ausgebaut

SPD/Grüne logen und behaupteten, aus der Atomenergie aussteigen zu wollen. Aber es wurden – mit dem so genannten Atomkonsens – nicht nur die Betriebslaufzeiten der bestehenden AKWs verlängert und der Atom-

energie in der EU-Verfassung Verfassungsrang erhält.⁷

Das finnische EPR-AKW Olkiluoto-3 (Baubeginn 2005) wird das erste Atomkraftwerk seit 19 Jahren in der EU sein.⁸ Es kostet ca. drei Mrd. Euro und soll 2009 ans Netz gehen. Auch in Frankreich wurde im Sommer 2004 der Bau eines EPR beschlossen.

Deutsche Energiekonzerne, allen voran *Siemens*⁹, haben Milliardenauf-



werden. Der Stoff ist krebserregend und genverändernd.¹¹

Nach jahrzehntelangem, innerimperialistischen Gerangel um Standort, Kosten und Konzept wurde am 28. Juni 2005 der Bau eines Experi-

Über den Atomstaat der deutschen Einheitspartei aus CDU/CSU/SPD/Linkspartei/FDP/Grünen

bombenreaktor in Garching fertig gebaut. In Nordrhein-Westfalen trugen die Grünen von 1995 bis 2005 den Ausbau und den Betrieb der Atomanlagen in Ahaus, Jülich und Gronau³ mit. Im März 1998 wurde ein CASTOR-Transport in das Atommülllager in Ahaus durchgeprügelt – im Auftrag der NRW-Landesregierung, die damals aus Grünen und SPD bestand und unter einem Polizeipräsidenten, der Mitglied der Grünen war.

Im Sommer 2005 protestierten fast 2000 Menschen gegen CASTOR-Transporte, mit denen mehrere Kilogramm Plutonium aus dem AKW Rossendorf/Dresden nach Ahaus geschafft wurden – unter der SPD/Grünen Bundesregierung. Auch die Arbeit im »Kernforschungszentrum Jülich« (u. a. Reaktorentwicklung für Atomfusion) läuft unbehelligt weiter.⁴

Neue, ebenso tödliche AKW-Typen wie der Europäische Druckwasserreaktor (EPR)⁵ stehen bevor – dank der Hilfe von SPD/Grünen. Bundeskanzler Schröder (SPD) hat dem EPR 1993 zugestimmt. Das deutsche und das französische Atomkapital haben sich zusammengeschlossen,⁶ um die mörderische Atomtechnologie weiterzuentwickeln und um sie weltweit zu verkaufen. *Framatome ANP S.A.* will seine Führungsrolle weltweit ausbauen: *Framatome ANP S.A.* gehört *Siemens* (34 Prozent) und *AREVA* – eine Fusion aus *Framatome*/Frankreich mit *Cogema* und *CEA* – (66 Prozent). Auch Außenminister Joseph Fischer (Grüne) hat zugestimmt, dass die Förderung und Nutzung der Atom-

träge an sich gerissen. Damit wollen sie Atomkraftwerke in Tschechien, der Slowakischen Republik und in anderen osteuropäischen Ländern modernisieren und weitere bauen. Sie wollen – auch mit Hilfe eines einheitlichen europäischen Stromverbundes – den Ausbau von Atomanlagen im osteuropäischen »Hinterhof« vorantreiben. Manch einem osteuropäischen Staat droht eine Zukunft als Stromkolonie Deutschlands.

Die SPD/Grüne Bundesregierung sicherte dem Atomkapital Profite und Herrschaft in aller Welt. Eine Folge ist, dass die sozialen Perspektiven vor allem der Ausgebeuteten und Unterdrückten in der so genannten Dritten Welt, im Trikont, beeinträchtigt und zerschlagen werden.

Destruktivkraft Atomfusion

Die Atomfusion (sog. Kernfusion) ist keine »saubere Alternative«, sondern eine kapitalintensive, zentrale Destruktivkraft, die auf dem Prinzip der Wasserstoffbombe basiert.¹⁰ Ein Atomfusionskraftwerk (AFKW) gibt im Normalbetrieb 1000 mal mehr Radioaktivität ab als ein AKW und produziert fünf mal so viel radioaktiven Abfall wie ein heutiges Atomspaltungskraftwerk – darunter den radioaktiven Betastrahler Tritium (überschwerer Wasserstoff). Tritium-Wasser ist chemisch von normalem Wasser nicht zu unterscheiden. Als Gas diffundiert es durch fast alle Materialien. Tritium wird vom menschlichen Körper aufgenommen und kann in jede Zelle eingebaut

mental-Fusionsreaktors *ITER (International Thermonuclear Experimental Reactor)* beschlossen. Die Kosten betragen bisher etwa 4,6 Mrd. Euro. Die EU ist daran mit 50 Prozent beteiligt, Russland, Japan, die USA, die VR China und Südkorea mit je 10 Prozent.¹² EU-Forschungskommissar Janez Potocnik sprach von einem »historischen Moment für Europa«. Die EU hat gegen Japan und die USA den Standort durchgesetzt: Gebaut werden soll der *ITER* von Ende 2005 bis etwa 2022 im erdbebengefährdeten Cadarache (Südfrankreich).¹³

Die Bundesregierung und die Landesregierungen von Bayern (CSU) und Mecklenburg-Vorpommern (Linkspartei. PDS/SPD) errichten in Zusammenarbeit mit der EU bis etwa 2011 einen Fusionsforschungsreaktor, den *Wendelstein 7-X* in Greifswald, für mindestens 300 Millionen Euro.¹⁴ Bundeskanzler Schröder lobte die PDS im Juli 2000, weil sie in Mecklenburg-Vorpommern die Atomfusion »in weit höherem Maß unterstützt, als dies üblicherweise im Verhältnis zwischen Bund und Land vorgesehen ist«. ¹⁵ Auch das von der Linkspartei. PDS/SPD regierte Berlin mischt über das Berliner Hahn-Meitner-Institut im Euratom-Atomfusionsprogramm mit. Die Prioritäten sind u. a. die Beteiligung am Aufbau des *ITER* und *Wendelstein 7-x* in Greifswald. Es betreibt zudem den Atomforschungsreaktor *BER II*.¹⁶ So hilft eine Superkoalition aus CDU/CSU, SPD, FDP, Grünen und PDS/Linkspartei, die staatsterroristische Option für Energieerzeugung durch Atomenergie offen zu halten.

Sofortige Stilllegung ...

Wir haben in rund 30 Jahren Anti-AKW-Bewegung hunderte Male nachgewiesen, dass Atomenergie überflüssig und zu teuer ist und sofort ersetzt werden kann. Wir haben detailliert nachgewiesen, wie durch erneuerbare Energien (Sonne, Wind, Wasser) Strom und Wärme erzeugt und durch technische Veränderungen in der Produktion und in der Architektur Energie eingespart werden kann.

Nun will uns die Propaganda der Atomkonzerne mal wieder weismachen, ihre mörderische Technologie sei ein geeignetes Mittel gegen die Klimaveränderung. Alles Lüge! Hier einige von unzähligen Gegenargumenten: 1 US-Dollar, investiert in Atomstrom, erbringt 7,4 Kilowattstunden; 1 US-Dollar, investiert in Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz oder zur Energieeinsparung, jedoch 50 Kilowattstunden!¹⁷ Atomenergie ist ein Klimakiller, versucht die Natur und damit die Grundlagen des menschlichen Lebens. Atomanlagen machen den Menschen krank, zerstören sein Immunsystem, erzeugen Krebs und töten schon im störfallfreien Normalbetrieb durch radioaktive Niedrigstrahlung. Selbst wenn Atomenergie billig wäre oder schwer ersetzbar, müsste endlich und für alle Zeiten mit ihr Schluss gemacht werden.

CASTOR-Transporte verhindern

Es gibt kein sicheres Endlager für den Jahrtausende radioaktiv strahlenden Atommüll. Noch 1998 stand in der Koalitionsvereinbarung von SPD und Grünen, dass die Atommülltransporte binnen Jahresfrist eingestellt werden sollten. Tatsächlich wurde der aus deutschen AKWs stammende Atommüll noch mindestens bis Mitte 2005 in französische oder britische Wiederaufbereitungsanlagen transportiert.¹⁸ Der deutsche Atommüll – hunderte Tonnen – darf bzw. muss in die BRD zurückgebracht werden,¹⁹ u. a. nach Gorleben. Auch in Morsleben und demnächst im Schacht Konrad in Salzgitter²⁰ wird Atommüll deponiert.

Ökologische Linke Kontakt & Information:

Bundeskontaktadresse:

Manfred Zieran
Neuhofstr. 42
D-60318 Frankfurt/Main
Tel. +49/(0)69/59 92 70

Bundesbüro

Glauburgstr. 20
D-60318 Frankfurt/Main
Tel. +49/(0)69/77 63 74
www.oekologische-linke.de



Bewacht von bis zu 30 000 PolizistInnen und gegen einen breiten und militanten Widerstand wurden von April 1995 bis 1997 die ersten CASTOR-Behälter mit hochradioaktiven, abgebrannten Brennelementen nach Gorleben geschafft. Tausende beteiligten sich im Frühjahr 2001 an Blockaden und Störaktionen gegen den CASTOR-Zug. Sie unterhöhlten die Schienentrasse. Aktionsgruppen kettenen sich an Schienen an. AktivistInnen von Robin Wood betonierten sich zwischen Lüneburg und Dannenberg ein. Der Anti-AKW-Bewegung gelang es 1997 beinahe, die Haupttransportstrecke im Wendland zu zerstören und die CASTORen zu stoppen. Der Atomtransport wurde durch den AKW-Widerstand eineinhalb Tage aufgehalten und musste zum ersten Mal einen Teil des geplanten Weges zurückfahren.

Der CASTOR-Transport im November 2004 hat gezeigt, dass die Herrschenden und ihre HandlangerInnen den Mord (mindestens die fahrlässige Tötung) von BlockiererInnen einkalkulieren: Die Verantwortlichen in Frankreich ließen den Atommüllzug mit der mörderischen Geschwindigkeit von 100 km/h auf vier BlockiererInnen zurasen. Einer von ihnen, Sébastien Briat, wurde vom CASTOR-Transport erfasst und getötet, als er die Gleise verlassen wollte.

Der tödlichen Logik des Atommülltransports entspricht, dass die Herrschenden und große Teile der bürgerlichen Medien unbeeindruckt waren. Die Grünen-Politikerin Rebecca Harms rief die AktivistInnen dazu auf, nicht mehr auf die Schienen zu gehen. Aber die Polizei konnte den Transport wieder nur mit Gewalt durchbringen. Es kam zu zahlreichen Blockaden und phantasievollen Aktionen sowohl auf den Schienen als auch auf der Straßentransportstrecke. Es zeigte sich wie in den Vorjahren, dass der Atomstaat nur mit Hilfe eines riesigen Polizeiaufgebots die CASTOR-Transporte durchprügeln kann.

Der CASTOR-Widerstand ist und bleibt eine der politischen Aktionen, die die Herrschenden bei der Durchsetzung ihrer kapitalistischen Verwertungsinteressen ernsthaft in Bedrängnis bringen und die über eine symbol-

ische Manifestation des Widerstands hinausgeht. Dies, zusammen mit den technischen Pannen, die den Herrschenden immer wieder unterlaufen, macht es möglich, dass jedesmal auch ein Scheitern des Transports möglich ist.

Deutsche Atombombe im EU-Mantel

Es gibt keine Trennung zwischen »ziviler« und »militärischer« Nutzung der Atomenergie. Die atomare Bewaffnung Deutschlands wird unter dem europäischen Mantel vorbereitet, vor allem mit der deutsch-französischen Atomachse. Der Plan hat Tradition. Atom- und Verteidigungsminister Franz Josef Strauß (CSU) sagte 1957: »Ein Verzicht auf Kernwaffen unter den gegebenen Umständen (...) würde militärisch eine Preisgabe Europas an die Sowjetunion bedeuten.«²¹ Zehn Jahre später war Strauß und der CSU klar, dass – wegen des NS-Faschismus – eine eigene deutsche Atomstreitmacht vorerst nicht durchsetzbar war: »Ersatzweise sollte die Bundesrepublik jedoch in einem europäischen 'sicherheitspolitischen Gebilde ... aufgehen, das über Kernwaffen verfügt'.«²²

Führende grüne FunktionärInnen signalisierten schon 1989 ihre Bereitschaft, auch in der Frage von Atomwaffen den Antimilitarismus zu verraten: Bei einem Geheimgespräch mit führenden SPDlern widersprachen grüne Realos, darunter Otto Schily (heute SPD), Joseph Fischer, Alfred Mechtersheimer (heute rechtsextrem) »Deutschland-Bewegung«, nicht mehr der »Notwendigkeit einer europäischen Atomstreitmacht.«²³ 1995 schloss Daniel Cohn-Bendit zu Franz Josef Strauß auf: »Ich fände es hinverbrannt, alle Atomwaffen einseitig zu verschrotten.«²⁴

Die EU-Militärdoktrin von 2003, die die »präventive« Anwendung von militärischer Gewalt vorsieht, um EU-Interessen durchzusetzen, wurde 2004 durch den Entwurf des Konzepts »European defence«²⁵ ergänzt. Darin werden der EU-Erstschlagsstrategie jetzt auch Atomwaffen zugeordnet. Im Oktober 2003 kündigte der französische Staatspräsident Chirac an, Mini-Nukes für taktische Atomwaffeneinsätze bauen zu lassen.²⁶

Die Grünen sind ebenso wie SPD und CDU/CSU/FDP längst GegnerInnen aller Linken, Kriegs- und AtomgegnerInnen. Die Linkspartei.PDS mit ihrem Produktivkraftfetischismus u. a. gegenüber der Atomenergie und der Gentechnologie hat den Anschluss in Mecklenburg-Vorpommern geschafft. Sie verharmlost und verschleiert den Ausbau der Atomenergie durch die SPD/Grünen als »zaghaften Ausstieg.«²⁷

Im ideologischen Schlepptau und durchaus auch in materieller Abhängigkeit von SPD/Grünen/Linkspartei malen einige NGOs (Nichtregierungsorganisationen), Umweltverbände und z. B. die religiös-gewaltfreie Gruppe *X-tausendmal quer* eine drohende »Renaissance« der Atomenergie an die Wand, die erst jetzt durch die CDU/CSU/SPD-Regierung gestartet werde. Sie schlucken und verteidigen die Ausstiegslüge der SPD/Grünen und verharmlosen die tatsächliche Modernisierung der Destruktivkraft Atomenergie und die Verlängerung der AKW-Betriebslaufzeiten durch die letzte Bundesregierung als »misslungenen«²⁸ bzw. »verpatzten«²⁹ »Ausstieg«! Diesen gelte es – so etwa *X-tausendmal quer* – zu akzeptieren: »Wir können an der Seite von rotgrün den ungeliebten Atomkonsens gegen die Laufzeitverlängerungswünsche aus Industrie und CDU/FDP verteidigen.«³⁰ In ihren Aufrufen zu Demonstrationen anlässlich des CASTOR-Transports nach Gorleben 2005 und zum 20. Jahrestag der Atomkatastrophe von Tschernobyl 2006 vermeidet *X-tausendmal quer* die zentrale Forderung der Anti-AKW-Bewegung nach sofortiger Stilllegung aller Atomanlagen.³¹ Auch von anderer Seite kommt ein Frontalangriff zugunsten des Atomstaats: Im Oktober 2005 forderten die Gewerkschaften Ver.di und IG Bergbau, Chemie, Energie gemeinsam mit den vier Energiekonzernen Eon, Vattenfall, RWE und EnBW von der neuen CDU/CSU/SPD-Bundesregierung die Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken.³²

Der Kampf geht weiter!

Statt Opportunismus und Anbiederei an Atomstaat und -kapital fordern wir:

★ **Sofortige Stilllegung aller Atomanlagen – Vernichtung aller Atomwaffen**

★ **Keine Atomtransporte**

★ **Dezentralen Ausbau von erneuerbaren Energiequellen wie Sonne, Wind, Wasser**

★ **Unser Widerstand gegen alle Atomanlagen hört erst auf, wenn das Atomprogramm endgültig eingestellt ist.**

Stellungnahme des BundessprecherInnenrates der Ökologischen Linken
im November 2005

Hinweis: Aus Platzgründen findet Ihr alle Quellenangaben für diesen Text auf unserer Website: www.oekologische-linke.de

Quellenangaben

- 1 Literatur zur Geschichte des Widerstandes gegen die Atomenergie z. B.:
 - 1.1 Jutta Ditfurth »Renaissance der Atomenergie«, in: diess. *Feuer in die Herzen. Gegen die Entwertung des Menschen*, 3. erweit. und vollst. überarbeit. Neuausgabe. Hamburg: Konkret Literatur Verlag 1997 [1. Aufl. 1992], S. 103–228
 - 1.2 Diess. *Das waren die Grünen. Abschied von einer Hoffnung*. München: Econ Taschenbuch Verlag 2000 (3. Auflage 2001), vor allem: S. 54–141 und 279–326
- 2 Technische Universität München, Mitteilung v. 12.6.2004, in: www.uni-protokolle.de (gefunden: 6.10.2005)
- 3.1 »Für die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen – weltweit!«, Erklärung des AKU Gronau vermutlich v. Januar 1999, in: www.gruene-kreis-borken.de
- 3.2 *Kölner Stadtanzeiger* v. 22.2.2005
- 3.3 Siehe z. B. Anti-Atom-Lexikon, www.anti-atom.de, Stichwort »Ahaus« (gefunden: 31.10.2005)
- 3.4 Vgl. FH Bochum Solar Netz »Brennstoffkreislauf und Entsorgung«, in: www.fh-bochum.de/fb3/eglab/solar/energietraeger/brennstoffkreislauf.html (gefunden: 31.10.2005)
- 4 Vgl. Forschungszentrums Jülich »Versuche mit dem Sonnenfeuer. Projekt Kernfusion«, www.fz-juelich.de (gefunden: 31.10.2005)
- 5 Aktionsbündnis CASTOR-Widerstand Neckarwestheim »Keine neuen Atomkraftwerke! Euroreaktor EPR stoppen!«, vermutlich v. März 2004
- 6 Im Januar 2001 fusionierten *Siemens* und *Framatome* ihre Atomgeschäfte in dem gemeinsamen Unternehmen *Framatome ANP S.A.* mit Sitz in Paris. Siemens hält 34 Prozent, Framatome 66 Prozent der Anteile. Der französische Mutterkonzern nannte sich Ende 2001 in *AREVA* um, nachdem er u. a. mit den kleineren Atomkonzernen *Cogema* und *CEA* fusionierte. Vgl:
 - 6.1 »Atomkonzern Siemens«, von: IPPNW - Deutsche Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges v. 14.2.2005, www.ippnw.de (Pfad: Atomenergie - Atom-Lobby - Atomkonzern Siemens) (gefunden: 14.10.2005)
 - 6.2 Horst Blume »2005: Atomkraftforschung geht unter AREVA weiter!«, in: *new & infos – anti-atom* v. 6.2.2005, *Graswurzelrevolution online* (gefunden: 14.10.2005)
- 7 Greenpeace, BUND und Deutscher Naturschutzring (DNR) warfen Außenminister Fischer vor, dass er sich im EU-Verfassungskonvent »nicht ausreichend dagegen gewehrt (habe), dass in dem Entwurf 'die Förderung von Atomkraft als einzige Energieform verankert' werden solle.« Vgl. *Frankfurter Rundschau* v. 13.6.2005
- 8.1 »Tschernobyl-Bann gebrochen«, in: *taz* v. 13.9.2005;
- 8.2 »Finnland baut Atomkraftwerk«, in: *Financial Times Deutschland* v. 12.9.2005
- 8.3 »Renaissance für Atomkraft in Europa«, *heise online* v. 13.9.2005, www.heise.de (gefunden: 12.10.2005)
- 9 IPPNW – Deutsche Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges »Siemens-Boykott: Gute Argumente« v. 9.3.2005, in: www.ippnw.de (Pfad: atomenergie – Siemens-Boykott), (gefunden: 31.10.2005)
- 10 Vgl. Jutta Ditfurth »Alptraum Atomfusion – die letzte Reise der Menschheit«, in: diess. *Feuer in die Herzen*, a.a.O., S. 208–225
- 11 Vgl. z.B. www.umweltlexikon-online.de, Stichwort »Tritium«; dort: Peter Weish/Eduard Gruber *Radioaktivität und Umwelt*, 3. Aufl., Stuttgart: Gustav Fischer Verlag 1986, o. S.
- 12 Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages – Der aktuelle Begriff »ITER – Der Internationale Thermonukleare Versuchsreaktor«, Nr. 56/05, v. 8.8.2005; *Die Welt* v. 29.6.2005

- 13.1 IPP (Institut für Plasmaphysik) Jülich »ITER-Entscheidung für Cadarache gefallen«, Mitteilung v. 28.6.2005, in: www.fz-juelich.de (gefunden: 15.9.2005)
- 13.2 Forschungszentrum Jülich »Jülicher Fusionsforscher sind bereit für ITER. Die 'Inneneinrichtung' der Fusionskammer kommt aus Jülich«, Pressemitteilung v. 29.6.2005, in: www.fz-juelich.de (gefunden: 15.9.2005)
- 13.3 Bundesministerium für Bildung und Forschung »Bulmahn: 'Europäischer Standort bietet lukrative Aufträge'. Forschungsministerin begrüßt Bau des Fusionsexperiments ITER in Frankreich«, Pressemitteilung 151/2005 v. 28.6.2005
- 14.1 Bundeskanzler Gerhard Schröder, Rede anlässlich der Eröffnung der neuen Gebäude des Max-Planck-Instituts für Plasmaphysik in Greifswald am 7.7.2000; www.bundesregierung.de (gefunden: 24.10.2005)
- 14.2 Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern (Linkspartei.PDS/SPD) »Gründung eines Max-Planck-Institutes für Plasmaphysik in Greifswald« (für Projekt Fusionsreaktor Wendelstein 7-x), Antrag v. 13.6.1994, Drucksache des Landtages Mecklenburg-Vorpommern 1/4571
- 14.3 *Berliner Zeitung* v. 31.7.2002
- 14.4 www.biologie.de, Stichwort »Wendelstein7-x« (gefunden: 31.10.2005)
- 15 Bundeskanzler Gerhard Schröder, Rede, a.a.O.
- 16 www.helmholtz.de, Stichwort »Kernfusion«; www.hmi.de, Stichwort »Das HMI«. Das Hahn-Meitner-Institut ist Mitglied der Helmholtz-Gesellschaft.
- 17 Laut einer US-Studie, vgl. Wolfgang Kühr »Treibhauseffekt und CO2-Emissionen, kein Argument für Atomenergie«, Broschüre, Bundesarbeitsgemeinschaft Energie der Grünen (Hrsg.), 2. überarb. und erweit. Aufl., Bonn 1990, S. 11, (die Grünen haben die sehr erfolgreiche und in hoher Auflage nachgefragte Broschüre seit 1992 nicht mehr vertrieben); zit. nach: BundessprecherInnenrat der Ökologischen Linken »Sofortige Stilllegung aller Atomanlagen und Vernichtung aller Atomwaffen!«, Reihe: ÖkoLinX-Extra Nr. 8, ÖkoLinX-Verlag, überarb. Neuausg. Winter 2002/2003, dort Fußnote 39
- 18 Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit »Kein Atommüll mehr nach Sellafield und La Hague«, Pressemitteilung Nr. 143/05 v. 2.6.2005, in: www.bmu.de (gefunden 15.9.2005)
- 19 »Atommüll-Transporte aus den deutschen AKWs in die Plutonium-Fabriken La Hague und Sellafield«, in: *CASTOR aktuell* v. 5.9.2005, www.nadir.org (gefunden 15.9.2005)
- 20 »Niedersachsen will Atommüllland werden«, in: *junge Welt* v. 6.7.2005
- 21 Vgl. Werner Balsen/Karl Rössel *Hoch die internationale Solidarität. Zur Geschichte der Dritte-Welt-Bewegung in der Bundesrepublik*. Köln: Kölner Volksblatt-Verlag 1986, S. 56; zit. nach: Jutta Ditfurth *Das waren die Grünen*, a.a.O., S. 319
- 22 *Bayernkurier* v. 4.3.1967, zit. nach: Matthias Küntzel *Bonn und die Bombe. Deutsche Atomwaffenpolitik von Adenauer bis Brandt*. Frankfurt/New York: Campus Verlag 1992, S. 127; zit. nach: Jutta Ditfurth *Das waren die Grünen*, a.a.O., S. 319
- 23 Ausführlicher: Jutta Ditfurth *Das waren die Grünen*, a.a.O., S. 319
- 24 *Die Woche* v. 15.9.1995; zit. nach: Jutta Ditfurth *Das waren die Grünen*, a.a.O., S. 320
- 25 EU Institute for Security Studies »European Defence. A Proposal for a White Paper«, Paris, May 2004; www.iss-eu.org/chaillot/wp2004.pdf
- 26 siehe z. B. Arno Neuber »Atommacht EU?«, *isw-Report* Nr. 56 v. Dez. 2003, *IMI-Analyse* 2003/038, in: www.imi-online.de (gefunden 31.10.2005)
- 27 Parteivorstand der PDS »Wahlprogramm« (Bundestagswahl 2005), Entwurf v. 15.7.2005

- 28 Vgl. Kampagne »ausgestrahlt« (von *X-tausendmal quer*, BUND und *Campact e.V.*) »Das Comeback der Anti-Atom-Sonne«, Anzeige in: *junge Welt* v. 18.7.2005
- 29 Protokoll des 4. DNR-Verbandetreffens »20 Jahre Tschernobyl« v. 6.7.2005
- 30 Jochen Stay »Wir wollen mehr«, in: *anti-atom-aktuell* Nr. 160, März 2005, in: www.anti-atom-aktuell.de (gefunden: 31.10.2005)
- 31 DNR, BUND, Eurosolar u. a. »Atomkraft Nein Danke – Erneuerbare Energien jetzt!«, Aufruf zur bundesweiten Demonstration am 5.11.2005 in Lüneburg, Stand: 20.9.2005
- 32 Vgl. z. B. *Frankfurter Rundschau* v. 2005